

Wählergemeinschaft für Wuppertal (WfW)

Die Ausgangslage

Wuppertal gehört - mit dem Ruhrgebiet - zu den Städten in NRW, die es versäumt haben, rechtzeitig auf den wirtschaftlichen Strukturwandel zu reagieren. Die Folgen waren ein langfristiger Bevölkerungsrückgang, hohe Arbeitsplatzverluste und eine Verschlechterung der kommunalen Finanzlage.

Die Ursache liegt in einer passiven Grundhaltung der Wuppertaler Politik, an einem Unvermögen, Perspektiven zu erkennen und langfristige Konzeptionen zu entwickeln. Die Folge war, dass notwendige Korrekturen und Anpassungen nicht rechtzeitig erfolgten. Neue Projekte wurden nicht selbst initiiert, sondern von außen an die Stadt herangetragen. Nicht zufällig stehen Namen wie ECE, IKEA, Bayer, und SIGNATURE CAPITAL für die aktuellen Investitionsprojekte in der Stadt.

Verstärkt wird die Schwerfälligkeit des politischen Handelns durch den Politikstil der seit zehn Jahren vertraglich festgeschriebenen ‚Kooperation‘ von CDU und SPD. Es ist ein Pakt nach dem Motto: ‚Geteilte Macht ist gesicherte Macht‘. Die Entscheidungen sind bereits in einem ‚Kleinen Rat der Fünf‘ gefallen, wenn sie den Fraktionen vorgestellt werden; die Verwaltung ist in Verschwiegenheit geübt, so dass nichts nach außen dringt.

Die so vorbereiteten Projekte werden dann als ‚alternativlos‘ und ‚unumkehrbar‘ in den politischen Prozess eingesteuert und im Rat - und den Aufsichtsräten der Unternehmungen - mit verlässlichen Mehrheiten durchgewinkt. Die Öffentlichkeit wird bedarfsweise in gezielten Mitmachaktionen zu folgenloser Meinungsäußerung aufgerufen.

Dabei sind die drängenden Strukturprobleme der Stadt leider weitgehend auf der Strecke geblieben. Dies zeigt sich auch klar in den regelmäßig erscheinenden Städterankings.

Im Ranking des Institut der deutschen Wirtschaft ist Wuppertal beim wirtschaftlich-sozialen Niveau zwischen 2005 und 2013 massiv von Rang 21 auf Rang 43 (von 50) zurückgefallen, bei der wirtschaftlichen Dynamik sogar von Rang 39 auf Rang 49, also auf den vorletzten Platz, (vor Herne).

Die aktuelle Stabilisierung der wirtschaftlichen und demographischen Daten dokumentiert keine Trendwende. Sie ist die Folge der aktuell guten Konjunkturlage und einer Zuwanderungswelle aus den krisengeschüttelten europäischen Südländern.

Wuppertal fehlt bis heute eine stabile Zukunftsorientierung.

I. Haushalt und Personal

Finanziell ist Wuppertal überschuldet. Das Eigenkapital ist aufgezehrt. Die Stadt drücken Kassenkredite von 1,5 Milliarden Euro; der Investitionshaushalt ist gedeckelt. Nur die Mittel können ausgegeben werden, die durch Tilgungen hereinkommen.

Als hoch verschuldete Stadt wurde Wuppertal im Stärkungspaktgesetz der Landesregierung gesetzlich verpflichtet, ihren Haushalt bis zum Jahr 2020, (verlängert bis 2021) auszugleichen. Die Stadt hat daraufhin die kommunalen Steuern, Gebühren und Preise teilweise bis über die Schmerzgrenze hinaus erhöht. Weiterhin profitiert die Stadt noch von den im Konjunkturohoch sprudelnden hohen Steuereinnahmen. Dennoch erwirtschaftet sie zur Zeit immer noch ein Haushaltsdefizit von 100 Mio. Euro jährlich. Es müssen somit bis 2021 jährlich ca. 14 Mio. Euro konsolidiert werden, zusätzlich natürlich alle zwischenzeitlich eintretenden Ausgabensteigerungen, z. B. die Erhöhungen der Bezüge der Bediensteten. Dabei weist die neuere Entwicklung bereits auf ein Stagnieren der Steuereinnahmen sowie auf einen ständigen Anstieg der Sozialausgaben hin.

1. Die WfW hält den Optimismus der Stadt, den Haushaltsausgleich allein mit wachsenden Mehreinnahmen herstellen zu können, für unrealistisch und fordert die Aufstellung eines Eventualplans mit weiteren Konsolidierungsmaßnahmen für den Fall, dass das Defizit nicht planmäßig sinkt.
2. Sorgen bereiten die unverändert stark steigenden Sozialausgaben. Dabei sollte die gute Beschäftigungslage eigentlich zu einem Absinken führen. Die WfW fordert eine Untersuchung darüber, welche Faktoren auf die Entwicklung der Sozialausgaben einwirken, und mit welchen Maßnahmen die Stadt diesem Trend entgegenwirken will.
3. Beamtenstellen sollten ausschließlich auf hoheitliche Aufgaben beschränkt werden. Dadurch werden vielleicht keine aktuellen Einsparungen erzielt, jedoch entfallen Beihilfeleistungen und zukünftige Pensionszahlungen, für die zwar Rückstellungen, aber keine tatsächlichen Rücklagen gebildet werden.

4. Einstellungen müssen ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit nach dem Prinzip der Bestenauslese erfolgen. Die Besetzung der Dezernentenstellen durch die Fraktionen muss aus rechtlichen und politischen Gründen abgeschafft werden. Zur Zeit ist die Personalpolitik unterhalb der Dezernentenebene eine interne Verwaltungsangelegenheit. Die WfW fordert wieder eine Kontrolle der Einstellungen im höheren Dienst durch die Politik.
5. Die WfW fordert eine konsequente strikte Abgrenzung der Investitionskosten bei städtischen Projekten von den Kosten der laufenden Verwaltung und den Gebührenhaushalten. So werden gegenwärtig ca. 10 Vollzeitstellen für den ‚Döppersberg‘ aus dem Verwaltungshaushalt und nicht aus Projektkosten bezahlt. Die Verlegung von Kanälen darf nicht in den Gebührenhaushalt verlagert werden.
6. Die regionale Zusammenarbeit ist weiter auszubauen. Hier gibt es noch unausgeschöpfte Möglichkeiten, z. B. bei den Katasterämtern. Es müssen auch andere regionale Abgrenzungen sowie neue organisatorische Lösungen erwogen werden, die Effizienzgewinne erbringen, (Beispiele: Region Hannover, EUREGIO, Aachen).

Langfristig kann die Haushaltssituation nur durch die Erschließung neuer Einnahmepotentiale verbessert werden. Dies ist nur mit einer aktiveren Standort- und Stadtentwicklungspolitik zu erreichen.

II. Standort- und Wirtschaftspolitik

1. Einen zentralen Mangel der kommunalen Wirtschafts- und Standortpolitik sieht die WfW in einer absurden Zersplitterung der personellen und organisatorischen Zuständigkeiten. Beteiligt sind für Wuppertal außer den Behördenabteilungen u. a. folgende Einrichtungen:
 - Wuppertal Stadtmarketing G.m.b.H. (gegründet 2005, 70 % private Gesellschafter),
 - Wirtschaftsförderung Wuppertal (Anstalt des öffentlichen Rechts),
 - Bergische Entwicklungsagentur G.m.b.H., (gegründet 2007, Beteiligte: Bergische Städte, IHK, Sparkassen, Wirtschaftsförderungsanstalt Wuppertal),
 - Bergisches Land Tourismus Marketing e. V.
 - Die Bergischen Drei Bergisches Land Tourismus Marketing e.V.
 - Regionalagentur RSW

Die WfW fordert ein Organisationsgutachten zur Konzentration und Effizienzsteigerung der Wirtschafts- und Standortpolitik; kommunale und regionale Aktivitäten müssen klar zugeordnet werden; die künftige Einrichtung muss fachlich in der Lage sein, Entwicklungskonzepte auszuarbeiten und praktisch umzusetzen.

2. In Wuppertal muss eine zentrale politisch verantwortliche und fachlich kompetente Instanz für die kommunale Wirtschafts- und Standortpolitik auf der Ebene des Verwaltungsvorstandes gebildet werden. Die Anbindung einzelner Einrichtungen an das Büro des Oberbürgermeisters ersetzt nicht deren professionelle Steuerung.
3. Einen weiteren zentralen Mangel sieht die WfW in der grundsätzlichen Ablehnung strategischen Handelns durch die herrschende Politik. Stattdessen besteht sie auf dem Prinzip einer totalen Ad-Hoc-Orientierung, dem jederzeitigen situationsbestimmten Reagieren auf konkrete Situationen. Praktisch führt diese Haltung zu häufigen Richtungsänderungen und fehlender Kontinuität. Dieser kommunalpolitische Eigensinn kommt Wuppertal teuer zu stehen.

Die WfW fordert seit langem eine systematische analytisch und statistisch fundierte Strategie für die Modernisierung der Wuppertaler Wirtschaftsstruktur. Dazu ist die Kooperation mit einem kompetenten professionellen Beratungsunternehmen nach unserer Auffassung unerlässlich. Das Argument fehlender Finanzmittel ist vorgeschoben. So hat Wuppertal allein seit 2013 eine halbe Mio. Euro für die öffentliche Bewerbung eigener Projekte ausgegeben; Geld, das man sinnvoller hätte verwenden können.

III. Stadtentwicklung

Wuppertal hat eine komplizierte Stadtgeschichte mit unterschiedlichen kleinräumigen Facetten. Deshalb ist gerade in dieser Stadt eine lenkende Gestaltung im Hinblick auf ein zukünftiges Gesamtbild dringend gefordert. Es gilt, Räume für den Verkehr und das Geschäftsleben, Plätze für Muße und Erholung und das Erlebnispotential für Besucher und Einwohner attraktiv zu präsentieren.

Gleichfalls muss die demografische Entwicklung systematisch in die Stadtplanung einbezogen werden. Die Auswirkungen müssen langfristig vorausgeschätzt und bis auf Stadtteilebene untersucht und planerisch umgesetzt werden. Die damit verbundenen Probleme der Überalterung und der Sozialstruktur müssen berücksichtigt werden. [Wir stellen die Einsetzung eines Demographiebeauftragten nach dem Vorbild anderer Städte zur Diskussion.](#)

1. Die herrschende politische Planungsphobie in Wuppertal wirkt sich besonders nachteilig auf die räumliche Stadtentwicklung aus. [Die WfW fordert einen](#)

Masterplan zur künftigen Stadtstruktur nach dem Vorbild von z. B. Köln, Duisburg und Dortmund. Dies gilt sowohl für die jahrzehntelang vernachlässigte Talachse wie für die großen Zentren Elberfeld und Barmen. Der Masterplan zielt auf eine zukünftig erwünschte Stadtgestaltung ab; dieser hat damit eine Leitfunktion für zukünftige Maßnahmen.

2. Das Döppersbergprojekt ist nicht der große Wurf, für den es ausgegeben wird. Insbesondere die Verkehrsplanung und die Verlagerung des Busbahnhofes verschlechtern die Verkehrsbedingungen und den ÖPNV, anstatt sie zu verbessern. Die Baudenkmäler verlieren durch ihre Einbettung in eine Betonlandschaft ihre raumprägende Bedeutung, und die jetzt erfolgende Neuplanung aufgrund der Forderungen des Investors SIGNATURE CAPITAL stört die Sichtbeziehungen sowohl zum Bahnhofsgebäude und zur früheren Reichsbahndirektion als auch umgekehrt zur Innenstadt. Auch angesichts der bereits eingetretenen und der zu erwartenden Kostensteigerungen sowie der Behinderungen des Zugangs zur Innenstadt in der Bauphase lehnt die WfW dieses Bauvorhaben grundsätzlich ab.
3. Einen Bedarf zur Zersiedelung weiterer Grünflächen am Stadtrand sehen wir nicht. Im Gegenteil sollten Projekte zum Wohnen in innerstädtischen Arealen konzentriert in Angriff genommen werden.

Im Übrigen vertritt die WfW folgende Positionen:

4. **Keine neue WSW-Residenz auf dem Carnaper Platz**
Die WfW hat die nach 40 Jahren auf einmal entdeckten Baumängel am derzeitigen Verwaltungsgebäude mit Verwunderung zur Kenntnis genommen. Obwohl bisher gesundheitliche Schäden bei den Beschäftigten nicht bekannt geworden sind, soll nun schleunigst ein Neubau auf dem Carnaper Platz errichtet werden. Die WfW lehnt diesen Standort kategorisch ab, da damit die Barmer Bevölkerung einen zentralen Veranstaltungsort für Jahrmärkte, Zirkusaufführungen usw. verlieren würde.
5. **Die WfW setzt sich entschieden für eine Tunnelführung der L 419 in Ronsdorf ein.** Das Argument höherer Kosten kann nicht akzeptiert werden. Von den Ronsdorfer Bürgern werden durch die Autobahnspange L 417- L 419, die Gewerbeansiedlung auf dem GOH-Gelände, durch die neuen Landeseinrichtungen sowie den – überflüssigen - Baumarkt auf Lichtscheid hohe Einbußen an Lebensqualität zugefügt. Die WfW fordert, dass diese, soweit technisch möglich, durch Schutzmaßnahmen abgemildert werden. Außerdem zeigt der Vergleich des Burgholztunnels mit der A 46, dass ein konsequenter Lärmschutz bei der Erstbebauung erheblich billiger ist als anschließende jahrzehntelange Schadensbehebungen. Eine neue Entlastungsstraße durch das GOH-Gelände lehnt die WfW ab.

6. Die WfW lehnt eine Überbauung des Platzes am Kolk durch ein Einkaufszentrum entschieden ab und wird einem entsprechenden Planverfahren Widerstand entgegensetzen. Der Platz am Kolk - und der Bahnhofsvorplatz - sollten zu attraktiven und komfortablen Stadtplätzen ausgebaut werden.
7. Da der Bau einer forensischen Klinik auf Lichtscheid nicht mehr in Betracht kommt, schlägt die WfW vor, dass auf dieser Fläche eine städtebauliche Mustersiedlung errichtet wird. Dabei könnten Gesichtspunkte der Autofreiheit, der Energieeinsparung der Verbindung von Eigentums- und Mietwohnungsbau beispielhaft verwirklicht werden.

IV. Die Zukunft des Konzerns Stadt Wuppertal

Die städtischen Töchter sind seit langem nicht in der Lage, Nettobeiträge zum städtischen Haushalt zu leisten, die einzige nennenswerte Ausnahme bildet die AWG. Sowohl das Management wie auch die Politik haben auf weiten Strecken versagt. Exemplarisch dafür stehen die astronomischen Baukosten für die Wiedererrichtung der Schwebebahn, die nach anstatt geplanter 250 Mio. Euro am Ende 600 Mio. Euro gekostet hat, und die mit den neuen Wagen eine Dreiviertel-milliarde Euro kosten wird. Auch die GWG musste vor zwei Jahren mit einer Finanzspritze von 60 Mio. Euro vor der Pleite gerettet werden. Sie hat daraufhin die eigene Bautätigkeit auf Dauer vollständig eingestellt. In keinem der Fälle erfolgte eine Rechenschaftslegung über die Ursachen.

1. Wuppertal hat inzwischen einen erheblichen Teil der städtischen Funktionen in ein verschachteltes Konglomerat privatwirtschaftlich organisierter Gesellschaften ausgegliedert. Verbunden mit derartigen Maßnahmen ist stets ein Verlust politischer Kontrolle. Die WfW musste mehrfach durch Intervention bei der Bezirksregierung rechtswidrige Praktiken abwenden. Die WfW fordert, dass in Zukunft Jahresabschlüsse der großen Gesellschaften ausführlich im Rat oder im zuständigen Ausschuss in Anwesenheit von Vorstandsmitgliedern behandelt werden.
2. Bei den städtischen Unternehmungen muss in Zukunft höchster Wert auf professionelles Management gelegt werden. Die WfW fordert deshalb, dass Neubesetzungen nur durch Ausschreibungen und ein formalisiertes Auswahlverfahren erfolgen. Auch Vertragsverlängerungen bedürfen sorgfältiger Überprüfung. Die WfW fordert, dass in Zukunft die Aufsichtsräte nicht nur mit Stadtverordneten, sondern auch mit externen Experten besetzt werden.

3. Die WfW fordert, dass die Sparkasse die Hälfte ihrer Gewinne künftig in den städtischen Haushalt abführt. Alle anderen Gesellschaften sollen die Gewinne vollständig abführen.

V. Kultur

Wuppertal verfügt über kulturelle Einrichtungen, die überregional wirken und Leuchtturmcharakter haben. Dazu gehören das ‚Von-der-Heydt-Museum‘, das Sinfonieorchester, das ‚Tanztheater Pina Bausch‘, sowie der Zoo und das Historische Zentrum. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass sie beträchtliche Einnahmen erzielen, hohe Spenden einwerben und auswärtige Besucher anziehen. Sie müssen gepflegt und auf einem hohen Stand erhalten werden.

Bei den städtischen Bühnen haben der Oberbürgermeister und die Mehrheitsparteien einen Scherbenhaufen ohnegleichen angerichtet, der den kulturellen Ruf Wuppertals nachhaltig beschädigt hat. Die WfW sieht hier die dringende Aufgabe einer Schadensbegrenzung und einer strukturellen Neuorientierung. Das bisherige hemdsärmelige Vorgehen: „Geschlossen wird, was keine Lobby hat“, lehnen wir ab.

1. Die WfW unterstützt uneingeschränkt die Forderungen der ‚Initiative zur Rettung des Schauspiels und des Schauspielhauses‘. Die WfW fordert die Renovierung des Schauspielhauses mit dem Schwerpunkt einer Nutzung durch das Schauspiel und die Wiedereinstellung eines leistungsfähigen Schauspielensembles. Mit einem anspruchsvollen Spielplan und öffentlicher Unterstützung muss es möglich sein, den eingetretenen Besucherrückgang rückgängig zu machen und das Schauspielhaus wieder zu einem lebendigen Kulturzentrum zu entwickeln.
2. Zugleich unterstützt die WfW die Bemühungen, in Wuppertal ein Tanzzentrum zu etablieren. Sie lehnt es jedoch ab, hierfür städtische Eigenmittel einzusetzen, die den bestehenden Einrichtungen entzogen werden. **Der Methode, vorn mit einem Tanzzentrum zu glänzen, und hinten das Schauspiel einzureißen, erteilen wir eine klare Absage.**
3. Der Wuppertaler Oper ist durch das Verwirrspiel von Intendant und Oberbürgermeister um ein neues Betriebskonzept ein nur schwer wieder zu behebender Schaden zugefügt worden. Korrekt wäre es gewesen, vor der Bestellung eines neuen Intendanten in einem offenen Dialog ohne Tabus über die Kosten der Oper, über Eintrittspreise, Finanzierung und Zuschauerresonanz eine tragfähige Zukunftsperspektive zu entwickeln. Die WfW fordert nunmehr, diese Analyse nachzuholen und die Möglichkeiten einer verträglichen Lösung zu prüfen.

4. Der hohe Standard der freien Kulturszene, in die ohnehin nur geringe Zuschüsse fließen, muss erhalten bleiben.
5. Basisnutzungen öffentlicher Kultureinrichtungen, z. B. des ‚Von-der-Heydt-Museums‘ oder des Stadtarchivs sollten kostenfrei oder zu niedrigen Preisen möglich sein. Für das ‚Von-der-Heydt-Museum‘ empfehlen wir einen Niedrigpreis für Ausstellungen aus dem Bestand, um zur kulturellen Auseinandersetzung einzuladen. Für das Stadtarchiv sollten stadtgeschichtliche Nutzungen wieder kostenlos möglich sein. Der Gewinn an Identifikation der Einwohner mit der Stadt überwiegt die entgangenen Einnahmen bei weitem. Für genealogische Auskünfte wird ein angemessener Preis verlangt.

VI. Bildung

Die Struktur des Bildungswesens ist Gegenstand der Landespolitik. Damit betrachten wir das derzeitige Schulsystem – dreigliedrig sowie Gesamtschulen – zunächst als gegeben. Die WfW erwartet eine bedarfsgerechte Planung durch die Stadt. Unvermeidbare Schulschließungen sollten langfristig geplant werden und einen räumlichen Bedarfsausgleich anstreben.

Die Universität ist ein wichtiger Standortvorteil für Wuppertal. Die Stadt Wuppertal sollte die Position der Universität auch gegenüber dem Land in jeder möglichen Form unterstützen. Sie sollte die Universität weiterhin darin bestärken, die Region als Gegenstand von Forschung und Praxis für die Universität zu nutzen. Die Bemühungen, neue Forschungseinrichtungen anzusiedeln, werden intensiviert.

Zusammen mit den Institutionen wie z. B. Arge, Verbände, IHK, Freie Träger müssen Wege gefunden werden, junge Leute mit mangelhaften Abschlüssen zu qualifizieren und für den Beruf fit zu machen. Freie Träger sind im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen den kommunalen gleich zu behandeln. Subsidiarität und Leistungsstandards sind zu beachten.

VII. Umwelt

1. Die für eine Großstadt einmalige Einbettung Wuppertals in eine naturnahe Wald- und Wiesenlandschaft muss uneingeschränkt erhalten bleiben. Das bedeutet auch den Verzicht auf weiteren Siedlungsbau in Landschaftsschutzgebieten und die Naturzerstörung durch neue Gewerbegebiete, wie z. B. Kleine Höhe.
2. Wuppertal wird auch durch die Nordbahntrasse keine Fahrradstadt werden. Wichtige Radfahrachsen sollten jedoch vorrangig geschaffen werden, z. B. eine durchgehende Route auf der Talsohle.

3. An das Land ist die Forderung zu richten, auf der A46 in der Umweltzone Tempo 80 für PKW bzw. 60 - 70 für LKW einzuführen, um die Lärm- und Schadstoffbelastung der Anlieger und aller Wuppertaler Bürger wirkungsvoll zu reduzieren. Dies brächte eine deutlich höhere Schadstoffentlastung als die bisher eingerichteten Umweltzonen.
4. Die WfW fordert die Wiedereinführung einer überarbeiteten bürgerverträglichen Baumschutzsatzung.

VIII. Politik und Soziales

1. Die WfW fordert seit Jahren eine Verringerung der Zahl der Stadtverordneten und der Bezirksvertretungen.
2. Angesichts zunehmender Risiken im öffentlichen Raum können Videoüberwachungen geboten sein.
3. Die freien Träger sind ein unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Versorgung in Wuppertal und sollten im Rahmen des finanziell Möglichen gefördert werden. Von aktueller Bedeutung ist vor allem die Bereitstellung zusätzlicher Kitaplätze.
4. Der Anteil der Bevölkerung mit ausländischen Wurzeln ist in Wuppertal hoch und wird in Zukunft weiter ansteigen. Verstärkte Integrationsbemühungen sind unbedingt erforderlich. Von besonderer Bedeutung ist die Förderung des Spracherwerbs.

Im Rat der Stadt und in der Politik generell müssen die Bürger stärker Gehör finden. Vorgänge wie die kategorische Ablehnung des Bürgerbegehrens zu ‚DÖPS 105‘ durch Verwaltung und Politik dürfen sich nicht wiederholen. Im Gegenteil: Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sollten aktiv in die Kommunalpolitik einbezogen werden; insbesondere gilt dies für Ratsbürgerentscheide.

Wuppertal, 2. Mai 2014

Für den Vorstand der
Wählergemeinschaft für Wuppertal (WfW)

gez. Axel Straub
(Vorsitzender der WfW)

Wählergemeinschaft für Wuppertal (WfW)

Vereinsvorsitzender:

Axel Straub
Lockfinke 25
42111 Wuppertal

Tel.: 02 02 / 70 02 07
ivolax@t-online.de
www.wfw-wuppertal.de

fraktion@wfw-wuppertal.de
www.wfw-fraktion.de



***Wählergemeinschaft
für Wuppertal***